

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 12.09.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:05 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	Anwesend ab 17:05 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	Vertreter für Herrn Kley
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	Anwesend bis 18.43 Uhr
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	Anwesend von 17.15 Uhr bis 17.44 Uhr
Herr Hartmut Büchner	SKE	
Herr Matthias Havranek	SKE	
Herr Thomas Hoffmann	SKE	
Herr Wolfgang Matschke	SKE	Anwesend ab 17.28 Uhr
Herr Volker Preibisch	SKE	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Anwesend bis 18.30 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreter für Frau Elisabeth Krausbeck Anwesend bis 18.43 Uhr
Herr Ralf Borries	Verwaltung	
Frau Sybille Brünler-Süßner	Verwaltung	
Herr Martin Heinz	Verwaltung	Anwesend bis 17.44 Uhr
Frau Dagmar Meckel	Verwaltung	
Frau Silvia Räder	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Gerry Kley	FDP	Vertreter Herr Dr. Wöllen- weber
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreter Herr Wehrich
Herr Karl-Heinz Gärtner	SKE	entschuldigt
Herr Bernd Voigtländer	SKE	entschuldigt
Herr Matthias Waschitschka	SKE	entschuldigt

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift 09.05.2012
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Feststellung der Jahresrechnung 2011 und Entlastung der Oberbürgermeisterin
Vorlage: V/2012/10916
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Verwendungsnachweis für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel des Jahres 2011
Vorlage: V/2012/10903
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Nagel eröffnete die Sitzung um 17:05 Uhr und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Nagel bat um Abstimmung über die Feststellung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt 8 Ja-Stimmen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift 09.05.2012

Frau Nagel fragte nach, ob es zur Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 09.05.2012 noch Bemerkungen gäbe und bat um Abstimmung zur Genehmigung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt 6 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen**

17:05 Uhr – Herr Knöchel traf ein.

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Feststellung der Jahresrechnung 2011 und Entlastung der Oberbürgermeisterin
Vorlage: V/2012/10916**

Vor den einführenden Worten von Herrn Borries zum Schlussbericht 2011 unterbreitete Frau Nagel den Vorschlag, die Diskussion zum Schlussbericht anhand der Feststellungen der Rechnungsprüfung und der Stellungnahmen der Verwaltung zu führen. Sie bat um die Vorziehung der Punkte 5.4 und folgend, betreffend Technische Prüfungen, da Herr Stäglin parallel an einem anderen Ausschuss teilnähme.

Die Ausschussmitglieder erklärten dazu ihr Einverständnis.

Zu Beginn der Diskussion bemerkte Herr Borries, dass dem Rechnungsprüfungsausschuss die Vorlage zur Feststellung der Jahresrechnung 2011 und Entlastung der Oberbürgermeisterin zur Empfehlung an den Stadtrat vorläge.

Dieser Vorlage sei der Schlussbericht des RPA über die Prüfung der Jahresrechnung 2011 vom 02.08.2012 und die Stellungnahme der Verwaltung hierzu vom 23.08.2012 beigelegt.

Die vorliegende Jahresrechnung 2011 sei der letzte Jahresabschluss für einen nach der Kameralistik bewirtschafteten Haushalt der Stadt Halle. Bereits im letzten Jahr sei darauf hingewiesen worden, dass die Prüfung des letzten kameraleen Abschlusses sich im Wesentlichen auf die gesetzlichen Pflichtprüfungen beschränken werde. Zu berücksichtigen sei bei der Prüfung für das Jahr 2011 gewesen, dass es das erste Jahr ohne gültige Haushaltssatzung gewesen sei und sich die Stadt daher das ganze Jahr in der vorläufigen Haushaltsführung befunden habe.

17:10 Uhr – Herr Geier traf ein.

Dies habe insbesondere bei der vom RPA wahrgenommenen Aufgabe der Visa-Kontrolle einen erheblichen Mehraufwand zur Folge gehabt, da für jede vorgelegte Auszahlung zu überprüfen gewesen sei, ob die Formalien für eine Auszahlung im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gegeben gewesen seien.

Ein Teil der im Schlussbericht getroffenen Feststellungen befinde sich nicht erstmalig im Schlussbericht, habe aber teilweise in der Doppik keine Relevanz mehr. Für einen Teil der bisher von Prüffeststellungen betroffenen Haushaltspositionen werde entscheidend sein, wie diese in die Doppik und damit in die Eröffnungsbilanz überführt würden. Dies bleibe jedoch der Prüfung der Eröffnungsbilanz vorbehalten.

Die ab 01.01.2012 erfolgte Einführung der Doppik erfordere eine völlige Neuorientierung der Prüfungstätigkeit und Festlegung der Prüfungsschwerpunkte und werde somit eine neue Form des Schlussberichtes notwendig machen. Ein Teil der bisherigen Feststellungen des RPA werde sich in der Doppik wegen des veränderten Systems nicht wiederfinden, dafür würden andere Prüfungsschwerpunkte auftauchen und eine große Relevanz haben. Momentan sei das RPA damit befasst, sich eine neue, auf die Doppik ausgerichtete Struktur zu geben, um die bald anstehenden Aufgaben der Prüfung der Eröffnungsbilanz, des ersten Jahresabschlusses und des ersten Konzernabschlusses bewältigen zu können.

Als Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung 2011 sei festzuhalten, dass die vom RPA getroffenen Feststellungen nicht gravierend seien, so dass eine Entlastung der Oberbürgermeisterin empfohlen werde. Darüber hinaus habe die Verwaltung zu der überwiegenden Zahl der getroffenen Feststellungen ausgeführt, dass sie diesen Feststellungen folge und diese zukünftig beachten werde, soweit sie in der Doppik noch relevant seien. Wegen der weiteren Einzelheiten verweise er auf den vorliegenden Schlussbericht nebst Stellungnahme der Verwaltung.

17:15 Uhr – Herr Stäglin traf ein.

Punkt 5.4.1- Die Umsetzung des Konjunkturpaketes II in der Stadt Halle (Saale)

Herr Preibisch fragte an, ob aufgrund der umfangreichen energetischen Sanierungen von zwei Schulen Einsparungen im Rahmen der Wirtschaftlichkeit erzielt worden seien.

Herr Neumann äußerte, dass er zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Zahlen nennen könne. Sobald eine Abrechnung vorliege, werde das Zentrale Gebäudemanagement (ZGM) eine gesonderte Darstellung dem Rechnungsprüfungsausschuss vorlegen.

Herr Häder hinterfragte die Feststellung des Rechnungsprüfungsamtes zum Stadion Halle-Neustadt, in der die Rechnungsprüfung fordere, zukünftig eine realistische Kostenprognose bereit zu stellen.

Herr Wehrich fragte an, warum dazu keine Stellungnahme der Verwaltung vorliege.

Auf die Frage von Herrn Dr. Wöllenweber, wie es sein könne, dass die Fördersumme auf 2,8 Mill. EUR erhöht werde, erklärte Herr Geier, dass eine genauere Kostenprognose zukünftig notwendig sei. Grundsätzlich seien Plankosten in Netto abgerechnet und im Netto geplant worden, da es sich bei dem Sportkomplex Stadion Halle-Neustadt um einen Betrieb gewerblicher Art handele.

Herr Felke wollte wissen, ob zu wenig technisches Personal für die Projektvorbereitung vorhanden wäre.

Herr Stäglin führte aus, dass in Zeiten starker Investitionstätigkeit durchaus Engpässe beim Personal für Projektvorbereitung und –controlling eintreten könnten. Im Amt 66 sei deswegen momentan gerade eine Stelle für das Baucontrolling extern ausgeschrieben worden.

Punkt 5.4.2 - Komplexmaßnahmen in der Beesener Straße und Mansfelder Straße

Herr Wehrich erklärte, dass er nach wie vor einen Dissens zwischen Stellungnahme der Stadtverwaltung und Feststellung des Rechnungsprüfungsamtes sehe.

Herr Büchner äußerte erheblich Bedenken und wies darauf hin, dass ihm die Stellungnahme der Stadtverwaltung zu den Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes nicht ausreiche.

Herr Stäglin erklärte, dass die Stadtverwaltung künftig bei der Projektanbahnung das Für und Wider der möglichen Varianten sorgfältiger mit dem Rechnungsprüfungsamt erörtern und eine Gesamtabwägung dokumentieren werde. Die Verträge zwischen der Stadtverwaltung und der jeweils tätigen städtischen Tochter sollen in Zukunft ein verbessertes Controlling zum Inhalt haben.

Des Weiteren sei zu bemerken, dass der Personalbestand bezüglich Projektvorbereitung und Projektdurchführung sowohl bei den Stadtwerken wie auch bei den technischen Ämtern der Stadt äußerst knapp bemessen sei. In Zeiten hoher Förderquoten täten sich stadtintern Kapazitätsgrenzen auf.

Punkt 5.4.4 – Trainingsschwimmhalle Robert-Koch-Straße

Herr Häder fragte, warum das Zentrale Gebäudemanagement noch immer für den Betrieb der Trainingsschwimmhalle Robert-Koch-Straße verantwortlich sei.

Herr Neumann führte dazu aus, dass der Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement seit der Fertigstellung der Trainingsschwimmhalle bis zum Abschluss eines endgültigen Betreibervertrages, welcher einer gesonderten Vereinbarung bedürfe und gerade endverhandelt werde, für den Betrieb der Schwimmhalle Sorge. Der Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement habe der Mittel bewirtschafteten Stelle eine Servicevereinbarung vorgelegt, auf deren Grundlage die Bewirtschaftung der Trainingsschwimmhalle dauerhaft geregelt werden könne.

Herr Häder bat um eine entsprechend modifizierte Stellungnahme der Verwaltung bis zur Stadtrats-sitzung im Oktober 2012.

17:44 Uhr - Herr Stäglin und Herr Heinz verließen die Sitzung.

Aufruf der einzelnen Kapitel des Schlussberichtes und der Prüfungsfeststellungen

Punkt 3.2 – Rechenschaftsbericht

Herr Büchner merkte an, dass in der Schlussberichterstattung 2010 die gleichen Aussagen getroffen worden seien.

Herr Borries führte dazu aus, dass nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes der Rechenschaftsbericht in der Doppik einen wesentlich höheren Stellenwert als bisher habe und alle im Laufe des Jahres auftretenden besonderen Vorkommnisse zu erwähnen seien.

Frau Nagel bemerkte, dass sich in der Stellungnahme der Stadtverwaltung kein Bezug zum Beteiligungsreporting finde.

Herr Borries wies darauf hin, dass nach Auffassung des RPA auch besondere Vorkommnisse aus dem Beteiligungsreporting im Rechenschaftsbericht zu erwähnen seien.

Herr Geier avisierte, die Stellungnahme ergänzen zu wollen.

Punkt 3.4 – Über- und außerplanmäßig genehmigte Ausgaben

Herr Knöchel fragte im Rahmen der über- und außerplanmäßigen Ausgaben nach den Maßstäben für das Haushaltsjahr 2011.

Herr Geier wies darauf hin, dass die Grundlage für das Haushaltsjahr 2011 durch den Stadtrat bestätigt worden sei und sich daraus der weitere Werdegang ableite.

Herr Knöchel fragte nach der Einbeziehung des Rechnungsprüfungsamtes.

Herr Borries erklärte, dass im Rahmen der Visakontrolle eine formelle Prüfung unter Hinzuziehung gesetzlicher Grundlagen vorgenommen werde.

Herr Knöchel hinterfragte nochmals, ob in der Stadtverwaltung Halle (Saale) eine Dienstanweisung für die Prüfung der Unabdingbarkeit existiere.

Herr Geier bejahte das und informierte darüber, dass diese Dienstanweisung dem Protokoll des Rechnungsprüfungsausschusses beigefügt werde.

Punkt 3.8 – Kasseneinnahmereste und Pauschale Restebereinigung

Herr Häder wollte wissen, ob es eine Möglichkeit der Optimierung der Beitreibung von Forderungen gäbe.

Herr Borries verwies auf die Einführung der Doppik und in diesem Zusammenhang der Ausweisbarkeit dieser Forderungen in der Bilanz.

Herr Geier erklärte, dass sich durch die Einführung der Doppik die Abläufe im Forderungsmanagement verändern würden.

Punkt 3.11 – Haushaltsreste

Herr Büchner hinterfragte, ob die Erläuterung der Vorgehensweise bei der Überleitung nicht verausgabter Haushaltsmittel 2011 und der Neuveranschlagung 2012 vorliege.

Herr Geier bemerkte, dass diese bis zum Stadtrat nachgereicht werde.

Punkt 3.13.3 – Steuern, Zuweisungen und Umlagen

Bezogen auf die Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes fragte Frau Nagel nach, wie eine sorgsamere Planung für die Zukunft zu verstehen sei.

Herr Geier führte dazu aus, dass auf gültige Steuerschätzungen und auf Vorgaben des Landeshaushaltes zurückgegriffen werde.

Auf Anregung von Frau Nagel und Herrn Knöchel sagte Herr Geier zu, dass bis zur Sitzung des Stadtrates die Vorgehensweise bei der Planung der Steuern, Zuweisungen und Umlagen näher dargelegt werde.

Punkt 3.13.4.1 – Entwicklung Personalausgaben

Herr Hoffmann wies auf einen Fehler in der Tabelle hin (Gesamtsumme 2011).

Herr Knöchel regte an, der Darstellung von besetzten Stellen zukünftig auch die Darstellung entsprechender Planstellen entgegen zu setzen.

Punkt 3.15 – Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge

Herr Knöchel fragte, ob vom Rechnungsprüfungsamt die Verwahrbestände geprüft worden seien.

Herr Borries verneinte dies und verwies auf die Darstellung in der Doppik.

Herr Knöchel forderte die Verwaltung auf, alle Verwahrbestände mit dem Stand 31.12.2011 über 10.000,00 EUR bis zum nächsten Stadtrat darzustellen. Herr Geier sagte dies zu.

Punkt 4.2 – Bestandübersicht zum Vermögen und über die Schulden und Rücklagen

Herr Häder fragte, ob dem Rechnungsprüfungsamt die Stellungnahme der Verwaltung ausreiche.

Herr Borries äußerte, dass die Rechnungsprüfung die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis nähme.

Herr Geier informierte, dass diese Themen im Schuldenbericht dargestellt würden.

Aufruf der einzelnen Kapitel des Schlussberichtes und der Prüffeststellungen

Punkt 5.3.2 – Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes

Herr Knöchel wollte wissen, ob eine Sicherstellung der Verwendung der Bundesmittel vorliege.

Frau Schmidt erklärte, dass das Dezernat IV die Verwendung der Bundesmittel zusichere.

Herr Knöchel möchte eine Aussage zum Stand der Umsetzung im nächsten Rechnungsprüfungsausschuss.

Punkt 5.3.4 – Leistungen nach SGB XII – Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Herr Preibisch fragte, wie der dargestellte erhebliche Zuwachs an Empfängern und Kosten für Leistungen nach dem SGB XII zustande gekommen sei.

Herr Borries sagte, dass er im Dezernat nachfragen werde und im nächsten Rechnungsprüfungsausschuss über das Ergebnis informieren werde.

18:30 Uhr – Herr Wend verließ die Sitzung.

Punkt 5.3.5 – Leistungen nach SGB XII – Einmalige Hilfen an Empfänger laufender Leistungen

Die Frage von Herrn Häder, ob dem RPA die Arbeitshilfen bereits vorlägen, verneinte Herr Borries.

Herr Häder erklärte, dass die Stellungnahme der Verwaltung zu PF 24 hinsichtlich der Erarbeitung von Arbeitshilfen nicht ausreichend sei und er eine Überarbeitung wünsche.

Herr Felke wies darauf hin, dass in Magdeburg eine Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Mieterbund existiere, wonach die Hilfebedürftigen sich wegen ihrer Nebenkostenabrechnungen beraten lassen könnten. Nach seiner Erinnerung habe in Halle vor einiger Zeit ein gleiches Projekt stattgefunden. Er fragte an, wie momentan der Sachstand sei und wer die Nebenkostenabrechnungen der Hilfebedürftigen auf ihre Berechtigung überprüfe.

Herr Borries sagte zu, diese Frage im nächsten Rechnungsprüfungsausschuss zu beantworten.

Herr Preibisch regte an, dass die Stadt Halle sozial hilfsbedürftigen eine Energieberatung anbieten solle.

5.3.6 – Innenrevision Sozialamt

Herr Häder äußerte, dass zum Einsatz interner Kontrollmaßnahmen die Stellungnahme der Verwaltung konkretisiert werden solle.

Punkt 5.3.7 – Verwaltung Jugendhilfe

Herr Knöchel fragte, ob das Rechnungsprüfungsamt in den letzten Jahren Kalkulationen geprüft habe.

Herr Borries verneint dies.

Herr Knöchel hinterfragte, ob ein Zinsschaden für die Stadtverwaltung Halle (Saale) entstanden sei.

Herr Geier sicherte eine Antwort zur nächsten Stadtratssitzung zu.

Herr Häder fragte, wie dies in der Zukunft vermieden werden könne.

Herr Geier äußerte, dass versucht werde, dies in Zukunft zu vermeiden.

Frau Nagel bittet die Verwaltung die Stellungnahme zu dieser Prüffeststellung zu ergänzen.

Aufruf der einzelnen Kapitel des Schlussberichtes und der Prüffeststellungen

Punkt 5.7.2.3 – Nachweis der sachgemäßen Verwendung ausgereicherter Zuschüsse an Kindertagesstätten durch die Stadt Halle (Saale) – aktueller Stand –

Herr Preibisch fragte, ob bezüglich der Verwendungsnachweisprüfung die Verjährung eingetreten sei.

Herr Borries bemerkte dazu, dass die Frage der Verjährung rechtlich umstritten sei und für die Jahre 2008/2009 und 2010 unverzüglich eine Bearbeitung der Verwendungsnachweise erfolgen solle. Gespräche dazu zwischen dem Rechnungsprüfungsamt und Amt 51 hätten stattgefunden, um eine eventuell drohende Verjährung zu verhindern.

18:43 Uhr – Herr Wehrich und Herr Neumann verließen die Sitzung.

Punkt 5.9.8 – Gefährdungsatlas

Herr Felke fragte, ob ein Termin zur Umsetzung des Gefährdungsatlasses der Verwaltung vorliege.

Herr Geier sagte zum nächsten Rechnungsprüfungsausschuss einen Bericht zum Stand der Bearbeitung eines Gefährdungsatlasses zu.

Damit war die Diskussion zum Schlussbericht 2011 beendet.

Frau Nagel bat um Abstimmung über den Beschlussvorschlag an den Stadtrat.

Herr Wöllenweber verwies auf die neue Geschäftsordnung, wonach vor Beschlussabstimmung, die sachkundigen Einwohner um Abstimmung gebeten werden. Die sachkundigen Einwohner erhielten die Gelegenheit, eine abschließende Empfehlung zur Beschlussvorlage abzugeben. Sie stimmten dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Votum der Ausschusmitglieder:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
6 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2011 wird gemäß § 170 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt beschlossen und der Oberbürgermeisterin Entlastung erteilt.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten wurden nicht eingereicht.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Verwendungsnachweis für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung
zugewiesenen Haushaltsmittel des Jahres 2011
Vorlage: V/2012/10903**

Herr Borries informierte die Ausschusmitglieder, dass der Verwendungsnachweis für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel des Jahres 2011 – Vorlage: V/2012/10903 mit der Einladung zur Kenntnis gegeben worden sei.

Das Gremium nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Weitere Mitteilungen

1. - Mitteilung zum Stand der Betätigungsprüfung MMZ

Zur Betätigungsprüfung MMZ teilte Herr Borries folgendes mit:

Durch Beschluss vom 14.12.2011 habe der Stadtrat das Rechnungsprüfungsamt beauftragt, die Betätigung der Stadt Halle als Gesellschafter des MMZ im Zeitraum vom 01.01.2008 bis 31.12.2010 zu prüfen.

Das RPA habe im 1. Prüfschritt die im Dezember 2011 abgeforderten Unterlagen der BMA und der Geschäftsstelle Stadtrat ausgewertet. Der 2. Prüfschritt habe der im Dezernat V geführten Gesellschafterakte gegolten. Die sehr umfangreiche Gesellschafterakte (10 Ordner sowie 2 weitere Unterlagen) seien weder zeitlich noch thematisch für die laufende Prüfung abgegrenzt und die Auswertung daher äußerst zeitintensiv gewesen. Im 3. Prüfschritt seien zur weiteren Aufklärung Unterlagen des Dezernats I sowie Informationen der BMA herangezogen worden.

Derzeit würden diese Dokumente mit den bereits gewonnenen Erkenntnissen abgeglichen, um zu einer abschließenden Feststellung zu kommen. Daraus könnten sich weitere Prüfschritte ergeben.

Es sei beabsichtigt, die Prüfung (inkl. Prüfbericht) bis zum Jahresende abzuschließen und Anfang des nächsten Jahres in den zuständigen Gremien zu behandeln.

2. - Mitteilung zum Stand der Prüfung Ausbau der Mansfelder Str. und des Hallorenringes zwischen Hackebornstr. und Schieferbrücke

Des Weiteren informierte Herr Borries das Gremium über den Stand der Prüfung Ausbau der Mansfelder Straße und des Hallorenringes zwischen Hackebornstraße und Schieferbrücke wie folgt:

Durch Beschluss vom 25.04.2012 habe der Stadtrat das Rechnungsprüfungsamt beauftragt, Ursachen, Entstehung und Höhe der Nachträge o.g. Baumaßnahme zu prüfen und über das Ergebnis im Rechnungsprüfungsausschuss zu berichten.

Zur Durchführung der Prüfung habe das Rechnungsprüfungsamt das zuständige Amt 66 aufgefordert, das zu untersuchende Baugeschehen detailliert darzustellen und durch geeignete Unterlagen zu belegen.

Die im ersten Schritt vom Fachamt vorgelegten Erklärungen und Nachweise seien zur abschließenden Prüfung nicht ausreichend gewesen, so dass die Vorlage weiterer Erklärungen und Nachweise zu bestimmten Fragestellungen abgefordert worden sei.

Eine abschließende Beantwortung hierzu stehe bisher aus, so dass eine umfassende und abschließende Bearbeitung des Prüfauftrages bisher nicht erfolgen konnte.

Es sei beabsichtigt, die Prüfung (inkl. Prüfbericht) schnellstmöglich, nach Möglichkeit bis zur nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses abzuschließen. Dies setze allerdings voraus, dass dem Rechnungsprüfungsamt eine erschöpfende Beantwortung der gestellten Fragen in nächster Zeit zugehe.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Wöllenweber und Herr Knöchel äußerten, dass sie den Prüfbericht über das Sportamt und die dazugehörige, bis zum 31.05.2012 vorzulegende Stellungnahme des Amtes zur nächsten Rechnungsprüfungsausschusssitzung zur Kenntnis bekommen möchten.

Darauf antwortete Herr Borries, dass es sich um einen unterjährigen Prüfbericht handele und dass dieser zur Sitzung des nächsten Rechnungsprüfungsausschusses vorgelegt werde.

zu 9 Anregungen

Anregungen gab es keine.

Frau Nagel schloss die öffentliche Sitzung um 19:00 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 28.09.12

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Elisabeth Nagel
Ausschussvorsitzende

Silvia Räder
Protokollführerin